



Wahlprogramm-Check der EVG zur Bundestagswahl 2021 auf Grundlage unserer Wahlanforderungen



Wir leben Gemeinschaft

Kurz vor der Bundestagswahl sind wir gespannt, wie es im Herbst weitergeht: verkehrspolitisch, z. B. was eine Trennung von Netz und Betrieb oder die Verkehrswende angeht, sozialpolitisch, z. B. was die Rentenhöhe betrifft, im Bereich Mitbestimmung, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, beim Arbeits- und Gesundheitsschutz oder beim Thema Wohnen.

Wir haben gemeinsam unsere Anforderungen an die politischen Parteien zur Bundestagswahl erarbeitet. Sie sind unter evg-online.org/bundestagswahl-2021 nachzulesen. Hier folgt der nächste Schritt: die Auswertung der Wahlprogramme der Parteien.

Links zu den vollständigen Wahlprogrammen:

[Das Programm für Stabilität und Erneuerung der CDU/CSU](#) 

[Das Zukunftsprogramm der SPD](#) 

[Bundestagswahlprogramm 2021 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#) 

[Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021](#) 

[Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021](#) 

Links zu den vergleichend herangezogenen Papieren:

[Beschluss des 32. Parteitags der CDU Deutschlands](#) 

[Grundsatzprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#) 

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fraktionsbeschluss Einfach Bahnfahren – Die Bahn zum stärksten Verkehrsmittel entwickeln](#) 

[Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag:
Schienenverkehr neu denken – Mit mehr Wettbewerb zu einer attraktiveren Bahn](#) 

[Die Linke im Bundestag: Kooperation statt Wettbewerb auf der Schiene: Plädoyer für eine integrierte öffentliche Bürgerbahn](#) 



#FairNachVorne heißt für uns:

Gute Arbeit mit Zukunft – für die Beschäftigten, die den Betrieb am Laufen halten

- Rettungsschirme, die Mobilität und Beschäftigung bei Bahnen und Busunternehmen sichern
- Fairer Wettbewerb mit Mindeststandards, statt Preiskampf auf dem Rücken der Beschäftigten
- Ein Vergabegesetz, das verbindlich bei Betreiberwechseln im Nahverkehr die Personalübernahme aller Beschäftigten zu den bestehenden Arbeits- und Sozialbedingungen vorschreibt
- Bessere Arbeitszeitkontrollen, Eindämmung von missbräuchlichen Werkverträgen, Leiharbeit und Subunternehmen und Schutz des Berufsbilds von Eisenbahner*innen
- Verbesserte Vereinbarkeit(en) insbesondere für alle im Schicht- und Wechseldienst sowie Alleinerziehende
- Einen effektiven Arbeits- und Gesundheitsschutz – auch nach der Pandemie
- Mehr Sicherheit für die Beschäftigten – im Transportsektor und überall

Setzen sich die Parteien für die Einführung eines **Bundesvergabegesetzes** und damit für konkrete bundesgesetzliche Mindeststandards für Vergabeverfahren im SPNV und ÖPNV ein, insbesondere hinsichtlich verbindlicher Vorgaben zu Tariftreue und Personalübergang bei Betreiberwechseln?

Welche Änderungsbedarfe sehen die Parteien im Personenbeförderungsgesetz, insbesondere hinsichtlich der **Arbeits- und Sozialbedingungen** sowie für die sozialen Standards bei eigenwirtschaftlichen Verkehren?



- Schaffung bundeseinheitlicher vergaberechtlicher Regelungen und elektronischen Vergaben (sog. E-Vergaben); Reduzierung von sog. freihändigen Vergaben und Direktaufträgen (S. 37)
- Beschleunigung von Vergaben (S. 96)

• **Inhaltliche / qualitative Kriterien fehlen komplett, keine Arbeitnehmer*innen-Aspekte**



- „Mit der Verpflichtung zur Tariftreue, zum Personalübergang für alle Beschäftigten bei Betreiberwechsel und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen im Vergaberecht sorgen wir für Fairness auf dem Markt für Mobilitätsdienstleistungen.“ (S. 11)
- Schaffung eines Bundestariftreuegesetzes, um öffentliche Aufträge nur an Unternehmen mit Tarifbindung zu vergeben (S. 27)

• **Umfänglichste Berücksichtigung unserer Forderungen im Wahlprogramm der SPD**



- „Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz.“ (S. 52)

• **teilweise positiv, aber der Personalübergang ist im Wahlprogramm nicht erwähnt**
• **Wahlprogramm deckt sich nicht mit aktuellem Vorgehen grüner Landesverkehrsminister*innen (z. B. S-Bahn Berlin)**

- **Beschluss der Bundestagsfraktion vom Dezember 2020 „Einfach Bahnfahren – Die Bahn zum stärksten Verkehrsmittel entwickeln“:** Preiskampf darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen; Tarifbindung in den Ausschreibungen zwingende Voraussetzung; vor einer Vergabe ist die wirtschaftliche Auskömmlichkeit der Angebote intensiv zu prüfen; weder auf Ebene der Länder noch auf Ebene des Bundes dürfen Ausschreibungsmodelle zu Lasten der Beschäftigten ausgestaltet werden (S. 12)



→ Vergaben werden nur hinsichtlich Bürokratieabbaus erwähnt bzw. als Behinderung der Wirtschaft – es wird ein „Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft“ gefordert (S. 6)

- **Inhaltliche / qualitative Kriterien fehlen**
- **Keine Arbeitnehmer*innen-Aspekte im Wahlprogramm der FDP**



Freie
Demokraten
FDP

→ „Ein Bundetariftreuegesetz muss die Einhaltung von Tarifverträgen zur zwingenden Voraussetzung für öffentliche Aufträge machen und auch von den beauftragten Firmen eingesetzte Subunternehmen einschließen.“

- Tarifbindung soll für alle Unternehmen und Branchen gelten
- Abschaffung des Vorrangs für eigenwirtschaftliche Verkehre

- **Alle unsere Problemsichten werden geteilt, allerdings gibt es nicht bei allen Lösungsvorschlägen Übereinstimmung**



DIE LINKE.

→ **Positionspapier der Bundestagsfraktion vom März 2021 „Kooperation statt Wettbewerb auf der Schiene“:** Der gesamte Ausschreibungswettbewerb wird wegen der negativen Folgen für Fahrgäste und Beschäftigte kritisch gesehen. Landeseigene Betriebe könnten Kosten und Risiken durch Ausschreibung und Wettbewerb vermeiden, da in diesem Fall eine Direktvergabe auch nach EU-Recht möglich sei. (S. 4)



Was wollen die Parteien konkret tun, um auch die Beschäftigten in der Eisenbahn- und Verkehrsbranche vor **Missbrauch von Werkverträgen** sowie sogenannten Sub-Ketten und vor Nicht-Einhaltung von Arbeits-, Fahr- und Ruhezeiten zu schützen?



- Befürwortung von Werk- und Dienstverträgen sowie Leiharbeit; Schutz vor Missbrauch soll durch „wirksame Arbeitsschutzkontrollen“ erfolgen (S. 38)
- Wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit gefordert, allerdings nicht für „*gefährgeneigte Berufe*“ (S. 39)
- Scheinselbständigkeit soll verhindert werden, allerdings offen wie (S. 39)

• **Teilweise Berücksichtigung unsere Forderungen im Wahlprogramm der Union durch richtige Ziele, jedoch Umsetzung und Verbindlichkeit unklar**



- Gleiche Entlohnung für Leiharbeiter*innen wie für Festangestellte ab dem ersten Tag (S. 27)
- „*Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen ...*“ (S. 29)
- Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes soll erhalten werden; eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit wird explizit ausgeschlossen (S. 29);
- Umfangreiche Sozialversicherungspflicht für Selbstständige zur Bekämpfung von Scheinselbständigkeit (S. 30)

• **Umfangreiche Berücksichtigung unserer Forderungen im Wahlprogramm der SPD**

- „Gegen den vielfachen Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor.“ (S. 51)
- „Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.“ (S. 51)
- „flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden“ sollen ermöglicht werden. „Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab.“
- Für Selbständige soll der Zugang zur Sozialversicherung nur erleichtert, jedoch nicht verpflichtend werden

• **Teilweise sind unsere Forderungen im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN aufgenommen, jedoch nicht ausreichend hinsichtlich Selbstständigen**



- Flexibilisierte und wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit (S. 32)
- Leiharbeit soll dieselbe Wertschätzung erfahren wie jede andere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, keine unnötigen Sondervorschriften und zusätzliche Bürokratie (S. 34)
- Keine Sozialversicherungspflicht für Selbstständige, sondern „maximale Wahlfreiheit“ (S. 34)

• **Keine Berücksichtigung unserer gewerkschaftlichen Forderungen im Wahlprogramm der FDP**



- Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit soll beendet werden durch Verbot von Leiharbeit und Regulierung von Werkverträgen: „Die Vergabe von Werkverträgen und der Einsatz von Leiharbeit müssen an die Zustimmung des Betriebsrats und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden, muss die Beweislast künftig bei den Arbeitgeber*innen liegen.“
- Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung, Begrenzungen der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit
- Sozialversicherungspflicht von Selbstständigen; Auftraggeber*innen sollen für Soloselbstständige auch Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen, Einführung von bundesweiten branchenspezifischen Mindesthonorarregelungen

• **Umfangreiche Berücksichtigung unserer Forderungen im Wahlprogramm von DIE LINKE**



Gleichstellung/Frauenförderung

Welche Schritte werden die Parteien unternehmen, um für eine **gleichberechtigte Teilhabe** von Frauen in allen Bereichen der Lebenswelt zu sorgen?



→ Die Ankündigung, das Entgelttransparenzgesetz zu evaluieren und ggf. zu überarbeiten findet sich im Wahlprogramm als einziges konkretes, unseren Anforderungen entsprechendes Anliegen

- **Insgesamt nimmt das Thema kaum Platz im Wahlprogramm der Union ein.**



→ Das Entgelttransparenzgesetz soll weiterentwickelt (u.a. Verpflichtung zur Überprüfung) werden, genau wie das Führungspositionen-Gesetz (FüPoG), hier will die SPD dafür sorgen, dass an der Spitze von allen börsennotierten, mitbestimmten Unternehmen und in den Führungsebenen darunter genauso viele Frauen wie Männer vertreten sein müssen

→ Weiterhin wird sich für ein Paritätsgesetz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene eingesetzt

- **Die SPD widmet der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Lebenswelt ein, – wenn auch kurzes Kapitel – in dem auch eine Vielzahl unsere Anforderungen an die Parteien zur Bundestagswahl thematisiert werden.**



→ Neben einer weitreichenden EU-Richtlinie für Lohngleichheit, einem weiterentwickelten Entgelttransparenzgesetz (auch für kleinere Betriebe) und einem Paritätsgesetz für die Parlamente wird auch eine Weiterentwicklung des Führungspositionen-Gesetzes (FüPoGs) angekündigt. Diesen soll das Ziel 50 Prozent Frauen in Führung anvisieren, was u.a. durch feste Quoten von 40 Prozent in Aufsichtsräten und 33 Prozent in Vorständen größerer und börsennotierter Unternehmen erreicht werden soll

- **BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN widmet sich der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Lebenswelt unter dem Schlagwort „Feminismus“ in ihrem gesamten Wahlprogramm durchgehend und ausführlich.**



- Sowohl beim Entgelttransparenzgesetz (nur Berichtsmaßnahmen) als auch beim FüPoG (Selbstverpflichtungen & Rahmenbedingungen) soll es keine verpflichtenden Maßnahmen oder Quoten – wie von der EVG gefordert – geben



Freie
Demokraten
FDP

- Die FDP widmet sich in ihrem Wahlprogramm der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Lebenswelt unter dem Schlagwort „*Liberaler Feminismus*“ ausführlich.
- Leider bleiben die Lösungsansätze sehr unverbindlich und legen viel Wert auf Absichtserklärungen und Eigenverantwortung der Unternehmen.

- Neben einem verbindlichen Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht soll auch das Führungspositionen-Gesetz (FüPoG) weiterentwickelt werden und generell der Grundsatz von 50 Prozent Frauenanteil in Führung (für alle Karrierestufen und Bereiche) gelten
- Das Thema Paritätsgesetze findet sich nur recht unverbindlich formuliert im Wahlprogramm, hierfür hat sich DIE LINKE aber wiederholt eingesetzt



DIE LINKE.

- DIE LINKE widmet sich in ihrem Wahlprogramm der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Lebenswelt unter dem Schlagwort „*Linker Feminismus*“ ausführlich.

Welche Weichenstellungen wird es mit den Parteien geben, die die **Vereinbarkeit(en)** von Familie und Beruf verbessern?



- Die Union setzt sich allgemein für eine gute Kinderbetreuung ein, die verlässlich und dem Bedarf angemessen ist ein. Außerdem sollen der KiTa-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022 (nach der Finanzierung aus dem „Gute-KiTa-Gesetz“) weitergehen
 - Leider wird die Beitragsfreiheit für alle und eine gute Betreuung über die KiTa hinaus nicht thematisiert
 - Dafür werden aber Familienzeitkonten als Weiterentwicklung der Zeitwertkonten angekündigt
-



- Die SPD kündigt als Teil ihres Konzeptes zur Kindergrundsicherung (automatisches Kindergeld nach Einkommenshöhe) gute und beitragsfreie KiTas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder sowie darüber hinaus eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum an
 - Außerdem sollen Elterngeld und -zeit weiterentwickelt werden und die von der EVG geforderte dauerhafte Ausweitung der Kinderkrankentage sowie die Kinderrechte im Grundgesetz umgesetzt werden
-



- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert einen Platz für jedes Kind in einer „guten“ KiTa, dies soll unter anderem durch umfassende Investitionen, erweiterte Öffnungszeiten, bessere Betreuungsschlüssel und Fachkraft-Initiativen erreicht werden
 - Darüber hinaus soll es ein Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind geben und die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz wird erneut eingefordert
 - Auch die Grünen setzen sich für eine Weiterentwicklung von Elterngeld und -zeit (inklusive 14 Tagen Freistellung für den zweiten Elternteil nach Geburt) und eine Ausweitung der Kinderkrankentage ein; Letzteres samt Anhebung der Altersgrenze auf 14 Jahre
-



- Auch die FDP will die Situation in den KiTas und Schule verbessern, setzt hier aber u.a. mit ihrem Konzept von Sockelbetrag und „German Dream“-Zuschuss zur Finanzierung nicht auf eine gute, öffentlich finanzierte Daseinsvorsorge, sondern auch auf die Mechanismen eines freien Marktes
- „Zugleich wird ein gesunder Wettbewerb gefördert und die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder gestärkt.“

- DIE LINKE kündigt an, die Kindertagesbetreuung flächendeckend auszubauen, die Qualität zu verbessern und mehr Erzieher*innen einzustellen. Außerdem soll die Betreuung für Kinder aller Altersgruppen gebührenfrei umgesetzt werden
- Darüber hinaus werden im Wahlprogramm eine Reform des Elterngeldes (u.a. mit Anreizen für Väter mehr Elternzeit-Monate zu nehmen), ein Rechtsanspruch auf familienregere Arbeitszeiten und mehr Kinderkrankentage, wie von der EVG gefordert, angekündigt
- Kinderrechte im Grundgesetz finden sich nicht als Forderung im Wahlprogramm, war aber immer wieder klare Position von DIE LINKE



DIE LINKE.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Welche Maßnahmen wollen die Parteien auf den Weg bringen, um den **Arbeits- und Gesundheitsschutz** in den Betrieben zu verbessern, so dass die Beschäftigten besser vor den Gefahren im Berufsleben geschützt sind?

- Die Union umreißt das Thema Arbeitsschutz nur kurz
- Zudem plant die Union kein Recht auf Homeoffice. Sie will Flexibilitätsspielräume zugunsten beider Seiten ausweiten und den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter stärken. Möglichst vielen Beschäftigten soll mobile Arbeit möglich gemacht werden mit sozialpartnerschaftlichen Regelungen und unter dem Aspekt des Arbeitsschutzes.
- Die SPD will einen Rechtsanspruch auf mobile Arbeit. Grundsätzlich sollen Beschäftigte bei einer Fünf-Tage-Woche mindestens 24 Tage im Jahr mobil oder im Homeoffice arbeiten können, wenn es die Tätigkeit erlaubt.
- Auch im Homeoffice sollen Arbeits- und Ruhezeiten gelten, zudem soll die Arbeitszeit täglich erfasst werden. Die SPD steht für ein Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten, auf technische Ausstattung sowie guten Unfallversicherungsschutz. Der Grundsatz der Freiwilligkeit der mobilen Arbeit für Arbeitnehmer*innen ist Voraussetzung für die SPD.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will den Arbeitsschutz stärken, um Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit zu reduzieren
- Zum Schutz vor Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz sollen Sanktionen eingeführt und verpflichtende Anlaufstellen geschaffen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will ein Recht auf mobiles Arbeiten mit strikten Schutzkriterien und Einfluss der Interessenvertretungen. Der Wechsel zwischen mobilem Arbeiten im Homeoffice oder im Co-Working-Space soll freiwillig und mit einem Rückkehrrecht und ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im Unternehmen verbunden sein.



**CDU
CSU**



SPD



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Freie
Demokraten
FDP



- Die FDP sieht für die Arbeitnehmer*innen keinen Rechtsanspruch auf Homeoffice vor
- Sie will für Beschäftigte im Homeoffice die Werbungskostenpauschale erhöhen. Zudem sollen Arbeitnehmer*innen die ihnen zur Verfügung gestellte Büroausstattung steuerfrei nutzen können.
- Bei mobiler Arbeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz, nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten. Die FDP will mobiles Arbeiten und Homeoffice nach niederländischem Vorbild stärken. Nicht jede Tätigkeit könne außerhalb des festen Arbeitsplatzes ausgeführt werden. Auch könnten betriebliche Belange gegen mobile Arbeit sprechen. Zudem müssten bestehende Vereinbarungen anlassbezogen widerrufen werden können.

DIE LINKE.



- DIE LINKE will die Anerkennung von Berufskrankheiten erleichtern, auch bei psychischen Erkrankungen. Eingeführt werden soll eine Beweislastumkehr, unabhängige Beratungsstellen sollen die Versicherten unterstützen, ihre Ansprüche durchzusetzen. Berufsunfähigkeitsrenten solle verbessert werden. Eine Anti-Stress-Verordnung soll kommen, zudem sollen Betriebsräte Unterstützung bekommen, um die bestehenden Regeln des Arbeitsschutzgesetzes durchsetzen zu können.
- Alle Beschäftigten sollen durch ein Recht auf Homeoffice einen Teil ihrer Arbeit Zuhause erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung sollen auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten.

#FairNachVorne heißt für uns:

Besser zusammen – mit dem integrierten Konzern

- Damit durch den konzernweiten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze und berufliche Mobilität geschützt werden
- Damit Verlässlichkeit auf der Schiene durch Investitionen in Beschäftigung und neue Technologien wie ETCS sichergestellt wird
- Um die DB als wichtigen Teil der Daseinsvorsorge zukunftsfest zu machen, muss der Bund die richtigen Rahmenbedingungen für ein gutes und verlässliches Schienenverkehrsangebot ohne Ausschreibungen im Personenfernverkehr schaffen
- Die DB schlagkräftig aufstellen durch Stärkung des operativen Personals, Abbau von Hierarchieebenen und Konzentration auf das Kerngeschäft in Deutschland und Europa

Setzen sich die Parteien für den Erhalt des **integrierten Konzerns** Deutsche Bahn bzw. gegen die Trennung von Netz und Betrieb ein?

Welche Pläne werden für **Struktur / Ausrichtung der DB AG** verfolgt, und wie stehen sie zu Ideen, DB-Unternehmen zu privatisieren sowie zu Ausschreibungen im Personenfernverkehr?

-
- „Mit einem attraktiven Angebot der Deutschen Bahn wollen wir maximale Synergien bei Güter- und Personenverkehr in unserem Schienensystem nutzen.“ (S. 48)
 - **Beschluss des 32. Parteitags der CDU Deutschlands, November 2019:** „Und wir brauchen mehr Wettbewerb auf der Schiene. Die bundeseigene Deutsche Bahn AG muss gleichberechtigter Marktteilnehmer auf dem staatlichen Schienennetz sein und darf nicht rechtlich oder faktisch privilegiert werden gegenüber privaten Anbietern. So hat beispielsweise die Öffnung des Fernbusmarktes für neue Anbieter gezeigt, dass Wettbewerb nicht nur zu deutlich niedrigeren Preisen, sondern auch zu höherer Qualität führt. **Zudem gilt es, die Frage zu diskutieren, ob nicht der Aufbau und Erhalt von Infrastruktur in den hoheitlichen Bereich gehören, wobei der Betrieb in den Wettbewerb privater Anbieter gestellt werden sollte.** Insbesondere natürliche Monopole wie beispielsweise Infrastrukturnetze können in staatlicher Hand bzw. staatlich reguliert sein.“ (S. 13)

- **Trennung von Netz und Betrieb nach Parteitagsbeschluss im November 2019 vorstellbar, nach aktuellem Wahlprogramm nur zaghaftes / leichtes Bekenntnis pro integriertem Konzern**





- „Die Deutsche Bahn AG ist für uns ein Garant verlässlicher Mobilität. Wir werden sie als integrierten Konzern in öffentlichem Eigentum erhalten. [...]“
- „Wir wollen, dass sich die Deutsche Bahn AG auf ihr Kerngeschäft des Transports von Personen und Gütern auf der Schiene konzentriert und auf gemeinwohlorientierte Ziele ausrichtet.“ (S. 11 f.)

• **Klares und deutliches Bekenntnis der SPD für den integrierten Konzern**



- „Den Deutsche-Bahn-Konzern wollen wir transparenter und effizienter machen und auf das Kerngeschäft ausrichten, die Eisenbahn in Deutschland und im benachbarten europäischen Ausland.“ (S. 13) „Die bundeseigene Infrastruktur wollen wir vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, und von der chronischen Unterfinanzierung befreien und dafür entsprechende Strukturen schaffen.“ (S. 12)
- **Grundsatzprogramm 2020, Parteitag November 2020:** „Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken und zuverlässigen Bahn. Das erfordert einen Aus- und Umbau des Nah- und Fernverkehrs, eine getrennte Bewirtschaftung von Infrastruktur und Betrieb und eine erhebliche Angebotsausweitung.“ (S. 28, Nr. 48)
- **Beschluss der Bundestagsfraktion vom Dezember 2020 „Einfach Bahnfahren - Die Bahn zum stärksten Verkehrsmittel entwickeln“:** Trennung von Netz und Betrieb: Gesellschaften für Netz, Bahnhöfe, Immobilien und Energie sollen als eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturgesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts geführt werden sowie der Fahrbetrieb in eine staatseigene GmbH
- Konzentration aufs Kerngeschäft in Deutschland; Verkauf von Arriva und Schenker
- Konzessionsmodell Schienenpersonenfernverkehr: Bund soll durch eine Koordinierungsstelle im Fernverkehr zum Aufgabenträger werden, Strecken des Deutschlandtakts im Fernverkehr in Bündeln an Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVUs); weniger profitable Strecken werden entweder zusammen mit hoch profitablen Strecken vergeben oder vom Bund mit Zahlungen unterstützt

• **Fachpolitisch klares Ziel der Trennung von Netz und Betrieb und Ausschreibungen im Schienenpersonenfernverkehr, jedoch Abschwächung durch Streichung der DB-Strukturfrage aus dem Wahlprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**



- „Bahnverkehr privatisieren – mehr Wettbewerb auf der Schiene: Wir Freie Demokraten wollen die Infrastruktur und den Bahnbetrieb bei der Schiene trennen und den Betrieb privatisieren. Das Netz soll im Eigentum des Bundes bleiben.“, Bund soll sich auf „Bereitstellung und Modernisierung der Infrastruktur“ beschränken; Wettbewerb unter den EVUs (S. 26)

• **Volle und maximale Trennung von Netz und Betrieb sowie maximaler Wettbewerb der EVUs durch möglichst kleinteilige Privatisierungen**

- **Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom April 2021 „Schienenverkehr neu denken – Mit mehr Wettbewerb zu einer attraktiveren Bahn“:** „Die Infrastruktur soll von den DB-Verkehrsunternehmen getrennt und die Verkehrsgesellschaften DB Fernverkehr, DB Regio und DB Cargo privatisiert werden“ (und alle „700 Tochterunternehmen“), DB Fernverkehr in mindestens zwei EVU teilen; dies bei DB Cargo und DB Regio prüfen (S. 6)
- „Der Staat soll sich in Form einer bundeseigenen Infrastrukturgesellschaft Schiene einzig und allein auf die Bereitstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur und auf die Überwachung eines fairen Wettbewerbs auf der Schiene konzentrieren.“
- „Über Konzessionsmodelle wird der Betrieb einzelner Bahnhöfe durch private Betreiber ermöglicht.“
- „Durch ein wettbewerbliches [dreistufiges] Auktionsmodell wird ein Takt-Fahrplan im Fernverkehr in Deutschland mit Wettbewerbs- und Angebotsvielfalt für Millionen Bahnkunden eingeführt.“; kurz: Wettbewerb um lukrative Strecken mit Loslimitierungen (Stufe 1) und gegebenenfalls Streckenbündel (Stufe 2), Wettbewerb um geringste Subvention bei nicht-lukrativen Strecken (Stufe 3), kein EVU bedient mehr als 70 Prozent des Netzes, Loslimitierungen (S. 7)

- „Die Geschäftspolitik der Deutschen Bahn wollen wir am Gemeinwohl und der ökologischen Nachhaltigkeit ausrichten, statt am Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert werden. Alle Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften und auch die Umwandlung der DB in eine Aktiengesellschaft müssen rückgängig gemacht werden. Wir wollen eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.“
- **Mobilitätskonzern Deutsche Bahn-Lufthansa:** „Wir wollen die Bundesbeteiligungen an Lufthansa und Bahn in eine bundeseigene Gesellschaft überführen. Diese muss ihre Möglichkeiten nutzen, um den Bahnverkehr auszubauen und im Gegenzug Inlandsflüge schrittweise deutlich und auf null zu reduzieren. Arbeitsplätze, die im Luftverkehr wegfallen, können so durch den Ausbau der Bahn und des ÖPNV erhalten werden.“
- **Positionspapier der Bundestagsfraktion vom März 2021 „Kooperation statt Wettbewerb auf der Schiene“:** „Die Deutsche Bahn befindet sich in einer tiefen Krise: Sie kämpft – verschärft durch die Covid-19-Pandemie – mit einer hohen Überschuldung, und ihre Struktur als Aktiengesellschaft und internationaler Logistikkonzern ist zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen nicht geeignet. [...] Eine grundlegende, zweite Bahnreform ist daher dringend notwendig. Dabei lehnen wir die Trennung von Netz und Betrieb oder Wettbewerb auf der Schiene ab. Die Bahn der Zukunft muss eine demokratische Bürgerbahn sein, die nicht wie bisher das Ziel finanzieller Profite verfolgt, sondern gemeinwohlorientiert arbeitet.“ (S. 1), „Als alternative Organisationsform für die Bahn wäre eine Anstalt öffentlichen Rechts oder eine gemeinnütze GmbH denkbar.“ (S. 4)



DIE LINKE.

- **Viele gute Forderungen. Klare Ablehnung der Trennung von Netz und Betrieb im Positionspapier der Bundestagsfraktion vom März 2021, aber nicht explizit im Wahlprogramm von DIE LINKE**
- **Problematische Alternativvorschläge wie neuer „Mobilitätskonzern Deutsche Bahn-Lufthansa“**



#FairNachVorne heißt für uns:

Vorfahrt Schiene – Investitionsoffensive für eine klimagerechte Mobilität

- Durch konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene mittels einer dauerhaften Förderung des Einzelwagenverkehrs, der Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) und verbindlicher Gleisanschlüsse für Industrie und Gewerbe
- Umverteilung der Verkehrsausgaben hin zur klimafreundlichen Schiene
- Abbau von Wettbewerbsnachteilen der Schiene mittels einer Förderung der Trassen-, Stations- und Anlagenpreise sowie einer Entlastung des Schienenverkehrs von Steuern und Abgaben
- Massive Investitionsoffensive in den Erhalt, Modernisierung sowie Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur
- Ein attraktiver Nahverkehr als wichtigen Baustein der Verkehrswende

Welche Maßnahmen wollen die Parteien für eine **klimagerechte Mobilitätswende** ergreifen?

Wie soll dabei die Schiene durch Investitionen, Fördermaßnahmen (z.B. Förderung der Trassen-, Stations- und Anlagenpreise, Einzelwagenverkehr, Digitale Automatische Kupplung (DAK) sowie den **Abbau von Wettbewerbsnachteilen** (z.B. Abschaffung der Steuervergünstigungen für Kerosin und Diesel, Einführung einer Maut für Fernbusse, Ausweitung der LKW-Maut) gestärkt werden, und wie soll die Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs auf die Schiene erfolgen?

Welche konkreten **Investitionsbedarfe** sehen die Parteien hinsichtlich des Erhalts, der Modernisierung sowie des Aus- und Neubaus der Schieneninfrastruktur, und wollen sie sich für eine Umverteilung der Verkehrsausgaben von der Straße hin zur Schiene stark machen?

„Schiene ausbauen“ ist der erste Teil im Mobilitätskapitel des Wahlprogramms der Union (S. 47 f.):

- Für die Umsetzung des Deutschlandtakt sowie eines europäischen Bahn-Tag- und Nachtnetzes; mehr Geld für „*bedarfsgerechten Infrastrukturausbau*“ für mehr Kapazitäten, explizit Elektrifizierung und „*Digitalisierung von Schiene und Fahrzeugen (ETCS-Ausbau)*“
- Bahnverkehrswegebau soll „*massiv beschleunigt*“ werden durch Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung; außerdem soll weiter in den Lärmschutz investiert werden
- Verlagerung der Güter auf die Schiene durch Ausbau des kombinierten Verkehrs mit „*multimodalen Terminals*“ (mit der Begründung der Entlastung der Autobahnen und Erreichen der Klimaziele)
- Wettbewerbsbedingungen sollen verbessert werden durch Prüfung der Steuern und Abgaben, explizit Trassenpreissenkungen und mehr Geld für Infrastrukturmaßnahmen für Verbesserungen des Güterverkehrs
- Einsatz für „*besseren europäischen Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr*“ sowie Nachtzüge „*als bequemen, sicheren, flexiblen und ökologisch nachhaltigen Verkehrsträger*“ (S. 30)
- „*Das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für jeden 18-jährigen kostenlos geben.*“ (S. 32)

• Im Wahlprogramm der Union werden richtige Punkte angesprochen, jedoch quantitativ unkonkret und teilweise mit Prüfvorbehalten





Im Mobilitätskapitel des Wahlprogramms der SPD hat die Schiene klar Priorität:

- „Der Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Agenda. [...] Wir werden einen Mobilitätsplan 2030 auf den Weg bringen, der den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr auf ein neues Niveau bringt.“ (S. 11)
- Dafür soll die Bahninfrastruktur schneller und „dem Bedarf vorausgehen[d]“ (S. 8) ausgebaut werden
- „Wir wollen rasch einen Deutschlandtakt umsetzen und einen Europatakt aufbauen. Hierfür werden wir investieren: in den Aus- und Neubau des Schienennetzes, in den Lärmschutz und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren.“ (S. 11)
- „Reaktivierung alter Bahnstrecken“ (S. 11)
- „Bis 2030 wollen wir mindestens 75 Prozent des Schienennetzes elektrifizieren, die Schiene weiter digitalisieren und für nicht elektrifizierte Strecken verbindliche Nutzungen wie den Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen unterstützen.“ (S. 11)
- Förderung des SGV, Verbesserung der Wettbewerbssituation: „Den Schienengüterverkehr wollen wir ausbauen und modernisieren. Wir werden in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggons investieren. Wir werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern.“ (S. 12) (konkret z.B. durch Abschaffung der EEG-Umlage im Verkehr und Finanzierung aus dem Bundeshaushalt – u.a. durch Einnahmen aus der CO2-Bepreisung (S. 10))

• **Umfassende Berücksichtigung unserer Forderungen, teilweise könnte es noch etwas konkreter hinsichtlich der Investitionsvolumina sein**



Die Bahn ist im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN klar im Fokus:

- „Eine leistungsfähige, verlässliche Bahn ist das Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende. Wir wollen den Deutschlandtakt weiterentwickeln und realisieren, um den Menschen mit mehr, resilienteren und besser aufeinander abgestimmten Bahnangeboten in Stadt und Land attraktive und für alle bezahlbare Mobilitätsangebote zu machen.“ (S. 12) Dafür sollen alle Großstädte an den SPNV angebunden, Takte verdichtet, Strecken reaktiviert, Lücken und Engpässe beseitigt sowie Sprinter- und Nachtzüge zwischen allen europäischen Metropolen eingeführt werden
- „Den Aus- und Neubau, die Elektrifizierung und Digitalisierung des Netzes treiben wir zügig voran.“
- „Wir wollen 100 Milliarden Euro verteilt bis 2035 zusätzlich in Schienennetz und Bahnhöfe investieren und im Zusammenwirken mit den Ländern die Regionalisierungsmittel zweckgebunden noch einmal erhöhen, sodass sich die Pro-Kopf-Investitionen an das europäische Niveau angleichen. Um die Investitionen langfristig und zuverlässig zu finanzieren, schaffen wir einen Infrastrukturfonds, der sich auch aus Einnahmen aus der Lkw-Maut speist.“ (S. 12)

→ Wettbewerbsverbesserungen durch Trassenpreissenkung und Anreiz zur Verkehrsverlagerung auf die Schiene;

• **Bei Investitionen und Wettbewerb pro Schiene hat BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN das beste Wahlprogramm, nah an unseren Forderungen auch hinsichtlich der Geldmittel**

→ **Beschluss der Bundestagsfraktion vom Dezember 2020 „Einfach Bahnfahren – Die Bahn zum stärksten Verkehrsmittel entwickeln“:**

- Stilllegungen stoppen und 3.000 km Reaktivierung, langfristig 4.000 km; 75 Prozent Elektrifizierung des Streckennetzes bis 2030; Programm „5.700 schöne Bahnhöfe“ für Bahnhöfe mit hoher Aufenthaltsqualität
- Voraussetzungen schaffen, „dass Güterverkehr auf der Schiene langfristig mindestens 40 Prozent Marktanteil erringen kann“, KV-Terminals und Railports („Güterbahnhof 4.0“), Gleisanschluss- und Freiladegleise – neue Zugangsstellen für den Schienengüterverkehr
- Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) unterstützen
- Wettbewerbssituation verbessern: Abbau ökologisch schädlicher Subventionen wie Dieselsubvention, Erhöhung der LKW-Maut

→ Verkehrsverlagerung auf die Schiene durch Wettbewerb;

→ Staat regelt nur die Infrastruktur: *Ziel ist es, mehr Personen und Güter auf der Schiene zu transportieren. Das gelingt aber nicht mit einer Staatsbahn, sondern nur mit mehr Wettbewerb, mehr Digitalisierung und niedrigeren Trassenpreisen für die Nutzung der Schienenwege. Durch eine organisatorische Trennung kann sich der Bund voll auf die Bereitstellung und Modernisierung der Infrastruktur konzentrieren.* (S. 26)

→ Aufwuchs der Investitionen für alle Verkehrswege, Priorität bei Sanierung und Modernisierung, Planungsverfahren beschleunigen (S. 27)

→ pro Luftverkehr: *„Luftverkehrssteuer abschaffen, die Luftsicherheitsgebühren neu ordnen und eine Ausweitung von Nachtflugverboten verhindern“* (S. 27)

→ Transportnetze allgemein europäisch ausbauen: *„Wir Freie Demokraten fordern eine ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa und den Ausbau transeuropäischer Transportnetze. Ein gut ausgebautes (Hochgeschwindigkeits-)Schienennetz gehört genauso dazu wie leistungsstarke Hafenanlagen, Flugplätze und Fernstraßen.“* (S. 28)

Beschluss der FDP-Bundestagsfraktion vom April 2021 „Schienenverkehr neu denken – Mit mehr Wettbewerb zu einer attraktiveren Bahn“:

→ kritisch gegenüber bestehenden Modellen für den Deutschland-Takt, weil Wettbewerbshemmnisse gesehen werden; stattdessen unabhängiger „Taktgeber“, z.B. staatliche Netzgesellschaft nach Zerschlagung DB-Konzern (S. 6 f.); Einführung eines eigenwirtschaftlichen und wettbewerblichen Deutschlandtaktes (S. 8)

→ zeitweise Förderung Einzelwagenverkehr, bis er rentabel ist (S. 8)





- Infrastrukturausbau zur Wettbewerbsförderung (S. 9); bundeseigene Infrastrukturgesellschaft Schiene, konjunkturabhängige Finanzierung über Bundeshaushalt, aber auch Infrastrukturfonds „Schiene finanziert Schiene“ (S. 10); Einnahmen der Privatisierung vollumfänglich in Modernisierung inkl. Digitalisierung des Netzes investieren (S. 6)
- Errichtung, Reaktivierung und Ausbau von Gleisanschlüssen, Kunden zahlen nur Anteil (S. 10); zentrale Anlaufstelle für Infrastrukturanliegen, z.B. Reaktivierungswünsche durch Kommunen (S. 10)
- Trassenpreise nach Grenzkostenprinzip (S. 10)

- **Kaum Berücksichtigung der Positionen der EVG im Wahlprogramm der FDP**
- **Schiene soll keine Priorität bekommen vor anderen Verkehrsträgern, auch nicht beim Ausbau**
- **alles möglichst markt- und wettbewerbsorientiert**



Ziel: „Mobilität für alle – mit weniger Verkehr“ mit einer „Bahn für alle!“, reduzierter Flugverkehr und „Güterverkehr verringern und auf die Schiene bringen“:

- „Bahntickets machen wir billiger und führen eine Sozial-BahnCard ein, die die Ticketpreise halbieren“ (keine weiteren Details)
- „bedarfsdeckende“ Finanzierung der Bahn und des Ausbaus, „öffentliche Investitionen in die Schieneninfrastruktur um das Fünffache erhöhen“
- ICE-Stundentakt und europaweites Nachtzugnetz
- „Reaktivierungsprogramm zahlreicher in den letzten Jahrzehnten stillgelegte Bahnstrecken“
- Trassenpreise für den Personenverkehr mindestens halbieren
- „Verbot von Flügen zu Zielorten, die mit dem Zug in bis zu fünf Stunden erreichbar sind und die nicht weiter als 500 Kilometer entfernt sind“, striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr
- auch Güterverkehr unter 300 km soll wieder auf die Bahn
- Ausweiten der Lkw-Maut auf alle Straßen und erhöhen; externe Kosten wie Luftverschmutzung und Lärmbelästigung einbeziehen
- „Die Zulassung von Gigalinern (Lang-Lkw) lehnen wir ab. Ebenso lehnen wir staatlich geförderte Projekte zur Erprobung und Einführung von Oberleitungen für Hybrid-Lkw mit Stromabnehmern auf Autobahnen und elektronischen Deichseln für Kolonnenfahrten von Lkw und anderen Nutzfahrzeugen als falsche Weichenstellung ab.“



DIE LINKE.

• Viele der Forderungen der EVG werden im Wahlprogramm von DIE LINKE berücksichtigt

#FairNachVorne heißt für uns:

Teilhabe und Mitbestimmung stärken

- Durch eine Politik, die Sozialpartnerschaft und Tarifbindung stärkt
- Eine gesetzliche Stärkung und Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte
- Eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Personalräten
- Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) als eigenständiges Gremium
- Ausweitung der Mitwirkungsrechte für Senior*innen, insbesondere auch Stärkung der digitalen Teilhabe durch einen Digitalpakt „Alter“

Welche konkreten Maßnahmen planen die Parteien, um **betriebliche Mitbestimmung** auszuweiten und Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, Jugend- und Auszubildenden- sowie Schwerbehindertenvertretungen zu stärken?



- Keinerlei Aussagen zum Thema betriebliche Mitbestimmung und Teilhabe im Wahlprogramm der Union



- „Unsere Ziele: Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), bei der Personalbemessung, damit Überlastungen beseitigt werden und bei der betrieblichen Weiterbildung als eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel.“
- „Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen ausweiten und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.“



- „Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen.“
- „Die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte, Personalräte und auch Jugend- und Auszubildendenvertretungen wollen wir ausbauen und modernisieren, u.a. wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von Vielfalt oder die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht.“



- **Keinerlei Aussagen im Programm zum Thema betriebliche Mitbestimmung und Teilhabe**

- „DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Wahl von Betriebsräten zu erleichtern. Der Kündigungsschutz muss auf alle Organe der Betriebsverfassung ausgeweitet und verlängert werden.“
- „Die zwingende Mitbestimmung wollen wir ausweiten auf Fragen der Arbeitsorganisation, der Personalbemessung, prekärer Beschäftigung und der Qualifizierung.“

Welche konkreten Maßnahmen planen die Parteien, um die **Unternehmensmitbestimmung** der Arbeitnehmer*innen zu stärken?

- **Keine konkreten Aussagen zur Unternehmensmitbestimmung im Wahlprogramm**

- „Wir werden den Geltungsbereich der Mitbestimmung durch die Absenkung der Schwellenwerte der Unternehmensgrößen erweitern. Entscheidungen zur Verlagerung oder Schließungen von Betriebsstandorten sollen nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg getroffen werden. Darum stärken wir durch eine echte Parität in den Aufsichtsräten den Einfluss der Arbeitnehmer*innen.“
- „Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent besetzt werden. Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt am kurzfristigen Börsenkurs orientieren.“ Die Forderung nach einer echten paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte ist nicht im Wahlprogramm aufgeführt



Freie
Demokraten
FDP



DIE LINKE.



CDU
CSU



SPD



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



- **Keinerlei Aussagen zur Unternehmensmitbestimmung im Wahlprogramm der FDP**



- Unternehmensmitbestimmung auf alle Unternehmen ab 200 Mitarbeiter ausweiten; Vorstandsgehälter deckeln, Aufsichtsrat soll bei allen wichtigen Entscheidungen gefragt werden; Montanmitbestimmung soll die Regel in allen Unternehmen werden

Welche konkreten Maßnahmen planen die Parteien, um Sozialpartnerschaft und **Tarifbindung** zu stärken?



- Regelmäßige Überprüfung des Mindestlohns
- Tarifverträge sollen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können



- Mindestlohn 12 Euro. Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können
- Angleichung des Tarif- und Arbeitsrechtes von Kirchen
- Tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersvorsorge soll gestärkt werden



- Mindestlohn 12 Euro. Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können
- Verpflichtung zur Anzeige für Unternehmen, ob sie Tarifpartner sind oder nicht



- **Keine Aussagen zu Sozialpartnerschaft oder Tarifbindung im Wahlprogramm der FDP**



- Mindestlohn 13 Euro. Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können
- In Tarifverträgen geregelte komplette Entgelttabellen sollen auf nicht tarifgebundene Unternehmen erstreckt werden können
- Tarifeinheitsgesetz soll abgeschafft werden; Streikrecht soll umfassend gestärkt und ausgeweitet (Beamte, Kirche usw.) werden

Wie wollen die Parteien die demokratische Teilhabe von Senior*innen stärken und Altersdiskriminierung bekämpfen?

→ Die Union will mehr Senior*innen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung für das Ehrenamt gewinnen

- Keine Aussage zu Seniorenmitwirkung und Altersdiskriminierung im Wahlprogramm



→ Zwar keine explizite Aussage zu Altersdiskriminierung im Wahlprogramm, aber allen Bürger*innen soll garantiert werden, dieselben Chancen und Möglichkeiten zu haben – frei von Diskriminierung; Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren

- Keine Aussage zu Seniorenmitwirkung im Wahlprogramm der SPD



→ Zwar keine explizite Aussage zu Altersdiskriminierung im Wahlprogramm, aber das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz soll zu einem echten Bundesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickelt werden; Schutzlücken schließen; Klagen gegen Diskriminierung für Betroffene vereinfachen und ein umfassendes Verbandsklagerecht einführen, damit gegen Diskriminierung strukturell und nachhaltig vorgegangen werden kann

- Keine Aussage zu Seniorenmitwirkung im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN



→ Abschaffung diskriminierender Altersgrenzen; Prüfung von Gesetzen und Satzungen mit beschränkenden Altersgrenzen auf ihren möglichen diskriminierenden Charakter; Aufhebung oder Anpassung nach sach- und leistungsgerechten Kriterien

- Keine Aussage zur Seniorenmitwirkung im Wahlprogramm der FDP



→ Menschen werden wegen ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft ihrer Armut, ihres Geschlechts, ihres Alters, Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, von sozialer und politischer Teilhabe ausgegrenzt; alle gleichberechtigt zusammenleben und an demokratischen Entscheidungen beteiligen; Modell einer inklusiven und sozialistischen Gesellschaft

- Keine Aussage zu Seniorenmitwirkung im Wahlprogramm von DIE LINKE



#FairNachVorne heißt für uns:

Für einen starken Sozialstaat mit Zukunft

- Starke soziale Selbstverwaltung
- Einführung einer sozialen Bürgerversicherung, um die bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten
- Eine Pflegepolitik, die das Gemeinwohl vor Profitinteressen stellt, um die Qualität der Pflege zu verbessern und Angehörige zu entlasten
- Stärkung der gesetzlichen Rente als wichtigste Säule der Alterssicherung
- Verbesserte Versorgungsleistungen der ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn
- Richtungswechsel in der Wohnungspolitik – für bezahlbaren Wohnraum

Alterssicherung/Rente

Mit welchen Maßnahmen wollen die Parteien die gesetzliche Rente nachhaltig stärken, wie soll das **Rentenniveau** über das Jahr 2025 hinaus gesichert werden und schließen die Parteien eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze aus?

Setzen sich die Parteien dafür ein, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer **Erwerbstätigenversicherung** weiterzuentwickeln, die auch Selbständige, Abgeordnete sowie neue, noch zu ernennende, Beamt*innen mit einbezieht?

Wie wollen die Parteien die **betriebliche Altersvorsorge** stärken?



- Keine Angabe zur Höhe des künftigen Rentenniveaus, keine Festlegung zur Regelaltersgrenze

- Altersvorsorgepflicht für Selbstständige, darüber hinaus keine Aussage zur Erwerbstätigenversicherung
- Konzept einer „Betrieblichen Altersvorsorge für alle“ mit Blick auf Geringverdienende entwickeln

- **Dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent, weitere Spielräume sollen genutzt werden; weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wird abgelehnt, Beibehaltung der „Rente mit 63“**



- Gesamtheit der Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einbeziehen; Gesamtniveau der Alterssicherung von Beamt*innen wird nicht reduziert
- Ziel ist, dass deutlich mehr Beschäftigte in einer betrieblichen Altersversorgung abgesichert sind
- Vollständige Abschaffung der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung

- Langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent; keine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze über 67 Jahre; gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu Bürgerversicherung (Erwerbstätigenversicherung) weiterentwickeln; Grundrente zu einer echten Garantierente weiterentwickeln
- Arbeitgeber sollen betriebliche Altersvorsorge anbieten, eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und Bürgerfonds nutzen können



- Rentenniveau langfristig steigern – allerdings durch Teilkapitaldeckung der gesetzlichen Rente („Aktienrente“); Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren
- Beibehaltung der berufsständischen Altersversorgung
- Doppelverbeitragung in der gesetzlichen Kranken- sowie Pflegeversicherung für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge beenden



- **Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben; Rente mit 67 Jahren zurücknehmen, abschlagsfreie Rente ab 65, nach 40 Jahren Beitragszahlung bereits ab 60 Jahren**



- Solidarische Erwerbstätigenversicherung für alle Erwerbseinkommen
- Betriebliche Altersversorgung, die überwiegend von den Arbeitgebern finanziert wird
- Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge beenden

Wohnen

Mit welchen Maßnahmen werden die Parteien dafür sorgen, **bezahlbaren Wohnraum** zu schaffen, den Wohnungsbestand zu erhöhen und Verdrängung u.a. durch Wohnraum-Spekulation zu verhindern?



- Die CDU/CSU schreibt in ihrem Wahlprogramm, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen sollen, jedoch ohne anzugeben, wie viele davon Sozialwohnungen sein sollen. Gleichwohl wollen sie den sozialen Wohnungsbau weiter fördern.
- Die Union plant, das Wohngeld ab 2022 regelmäßig anzupassen. Auch wollen sie mit den Ländern erörtern, ob diese auf jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und zweckgebunden einsetzen.
- Als Investitionsanreiz will die CDU/CSU Abschreibungsmöglichkeiten über das Jahr 2021 hinaus verlängern: Wer neue Mietwohnungen schafft (unabhängig davon, ob es sich um sozialen Wohnungsbau handelt) soll weiterhin fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich von der Steuer absetzen können

• Ein Mietendeckel wird von der Union als „fragwürdig“ und „ungeeignet“ abgelehnt



- Die SPD will, dass jährlich 100.000 Sozialwohnungen neu gebaut werden. Die Partei will eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit einführen, als zusätzliches nicht-gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt.
- Um Bodenspekulation entgegen zu wirken will die SPD, dass Bund, Länder und Kommunen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren. Dies schließt ein Vorkaufsrecht für Kommunen ein.
- Ein „Bodenfonds“ soll den Kommunen unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke als Instrument für eine nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau an die Hand geben
- Der Bund soll seine Liegenschaftspolitik weiterhin an städtebaulichen Prioritäten ausrichten und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den Kommunen unterstützen
- Die 10-Jahres-Frist für Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbstgenutzter Grundstücke soll abgeschafft werden. Leistungslose Bodenwertgewinne sollen durch einen Planungswertausgleich der Allgemeinheit zukommen zu lassen.
- Eigentümerstrukturen sollen durch ein zentrales Immobilienregister transparent gemacht werden

• Die Mietpreisbremse will die SPD entfristen und Schlupflöcher schließen



- Ohne genaue Zahlen zu nennen will BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen. Ferner planen sie, mit einer neuen Wohn-gemeinnützigkeit eine Million zusätzliche Mietwohnungen zu schaffen.
- Die Rechte der Mieter*innen will die Partei stärken (u.a. Kündigungsschutz ausbauen, Mietpreis-Steigerungen begrenzen, Wohnungstauschprogramme) und Immobilienspekulation bekämpfen. Die öffentliche Hand soll verpflichtet werden, wieder eine strategische und gerechte Boden-politik zu betreiben, die u.a. der Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum dienen soll.

• Die Grünen wollen die Mietpreisbremse entfristen und deutlich nachschärfen



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

- Die FDP trifft in ihrem Wahlprogramm keine Aussage dazu, wie oder in welchem Umfang sie den sozialen Wohnungsbau fördern will
- Zum Thema Wohnen liegt der Schwerpunkt der FDP eher beim Bürokratieabbau (Baugenehmigungen beschleunigen, digitaler Bauantrag, Dachausbau) und steuerrechtlichen Themen
- Ohne näher ins Detail zu gehen möchte die FDP ein breites Bündnis zum Thema „Wohnen im Alter“ schaffen. Dieses Bündnis soll das Bewusstsein aller Akteure schärfen und Lösungen für mehr barrierefreien oder -armen Wohnungsraum in Bestand und Neubau erarbeiten.

• Die Mietpreisbremse und den Mietendeckel will die FDP abschaffen, da diese aus ihrer Sicht zu weniger Wohnraum führen.



**Freie
Demokraten
FDP**



- Mit zehn Milliarden Euro im Jahr will DIE LINKE den Sozialen Wohnungsbau retten, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ankurbeln und einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor aufbauen. Mit Hilfe einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit, die strikte Regularien enthalten soll, können nach ihrer Berechnung bis zu 250.000 Sozialwohnungen und 150.000 kommunale sowie genossenschaftliche Wohnungen pro Jahr entstehen. DIE LINKE fordert, dass 50 Prozent des Wohnungsmarktes in öffentlicher und gemeinnütziger Hand sind.
- Die Rechte der Mieter*innen will DIE LINKE umfassend stärken (u. a. weitgehendes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen, Eigenbedarfskündigungen einschränken, Kündigungsschutz ausweiten, Vorkaufsrechte, Verbandsklagerecht)
- Die Partei macht sich für die Deckelung der Bodenpreise stark, will öffentlichen Boden nur noch in Erbbaurecht vergeben, fordert ein Ankaufprogramm in Höhe von zwei Milliarden Euro im Jahr, aus dem Bund, Länder und Kommunen Mittel für den Erwerb von Boden erhalten
- DIE LINKE will Immobilien-Spekulationen stoppen, das Geschäftsmodell von Immobilienfonds beenden, ein Vergesellschaftungsgesetz einführen, das Vorkaufsrecht von Kommunen stärken und eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung dieser erworbenen Wohnungen langfristig absichern

- **DIE LINKE will den Mietendeckel nach Berliner Vorbild bundesweit ausrollen. Mieten sollen nur noch um höchstens zwei Prozent im Jahr steigen. Besonders hohe Mieten sollen abgesenkt werden.**

Pflege

Planen die Parteien, die **Finanzspekulationen** in der Pflege zu unterbinden, so dass mit Pflegeheimen nicht länger hohe Renditen erwirtschaftet werden?

Was tun die Parteien, um Pflegebedürftige und **pflegende Angehörige** zu entlasten?



- Zum Thema „*Finanzspekulationen in der Pflege*“ positioniert sich die Union nicht. Statt einer Deckelung der Eigenanteile soll die betriebliche Pflegezusatzversicherung gestärkt und eine staatliche Förderung geprüft werden.
- Mehrgenerationenhäuser als Anlaufstellen generationenübergreifendes Zusammenleben sollen bei der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen und im Bereich der familiären Pflege unterstützen. Zudem soll die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen verbessert werden.
- In der familiären Pflege sollen die Leistungen für Angebote der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammengefasst werden



- Die SPD will die Kommerzialisierung der Pflege beenden und von der Solidargemeinschaft erwirtschaftete Gewinne verpflichtend in das Gesundheitssystem zurückführen
- Mit der Einführung einer Vollversicherung als Bürgerversicherung sollen alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abgedeckt werden
- Die SPD will Rechtsunsicherheit zu Rechten und Pflichten beim Thema „24-Stunden-Pflege“ ausräumen und haushaltsnahe Dienstleistungen fördern, insbesondere mit dem Fokus auf Geringverdiener*innen
- Wer Angehörige pflegt, soll die Pflege mit Erwerbsarbeit kombinieren können – unter anderem mit einem 15-monatigen Anspruch auf Unterstützung (Lohnersatz) bei einer Arbeitszeit-reduzierung





- Das Thema „Renditen in der Pflege“ findet sich bei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nicht
- Mit einer doppelten Pflegegarantie sollen die Eigenanteile gesenkt und gedeckelt werden. Die Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten tragen.
- Mehr ambulante Wohn- und Pflegeformen sind geplant, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder Pflege-Wohngemeinschaften
- Für pflegende Angehörige soll es eine PflegeZeit Plus geben. Alle Erwerbstätigen erhalten so eine Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.
- Für die Arbeit von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften soll ein gesetzlicher Rahmen entwickelt werden, der Rechte und Pflichten für beide Seiten festlegt



- Die FDP sieht in ihrem Wahlprogramm keine Einschränkung von Renditen in der Pflege vor
- Wie auch bei der Rente will die FDP ein Drei-Säulen-Modell für die Pflege einführen – bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung, aus privater und betrieblicher Vorsorge. Insbesondere der Ausbau von betrieblichen Modellen zur Pflegezusatzvorsorge wird hervorgehoben
- Um pflegende Angehörige zu unterstützen, wird ein Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen angestrebt. Diese sollen über Online-Register einsehbar sein. In der häuslichen Versorgung sollen digitale Anwendungen und Telepflege entlasten.
- Die FDP will außerdem ein Pflegebudget einführen. Jede Familie kann dann selbst entscheiden, wie dieses verwendet werden soll, etwa für eine Einrichtung oder die häusliche Pflege



- DIE LINKE spricht sich in ihrem Wahlprogramm gegen Profit in der Pflege aus, Pflegekonzerne sollen sofort von der Börse genommen und nach Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden
- Eingeführt werden soll eine solidarische Pflegevollversicherung, die alle pflegerischen Leistungen abdeckt, egal ob zu Hause oder in Pflegeeinrichtungen. Eigenanteile für Versicherte oder ihre Angehörigen entfallen.
- Eine wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege soll ausgebaut und zusammengeführt werden
- Für pflegende Angehörige, die noch im Beruf stehen, soll die Möglichkeit einer sechswöchigen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls geschaffen werden

#FairNachVorne heißt für uns:

Klare Kante gegen Rechts

- Keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien wie der AfD
- Stärkung des Engagements gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie Gewalt – auch im digitalen Raum
- Politische Bildungsarbeit in Betrieben fördern, um die Prävention und Bekämpfung rechtsextremistischer Haltungen sowie Aktivitäten für Demokratie und sozialen Zusammenhalt zu stärken

Mit welchen Maßnahmen wollen die Parteien gegen **Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus** – auch im digitalen Raum – vorgehen?

Welche Rolle soll dabei die **politische Bildungsarbeit** in der Arbeitswelt einnehmen?

- *„Jeder Form von Extremismus entschieden entgegenzutreten“, „Hass und Hetze im Netz bekämpfen“, „Radikalisierungen verhindern“, „Alle zur Extremismusbekämpfung notwendigen Instrumente nutzen“, „Erinnerungskultur lebendig halten“* – das sind die Überschriften (S. 112 f.)
- *„Wir treten jeder Form von Extremismus und Rassismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt.“* Auch gegen Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und andere rassistisch motivierte Abwertungen von Gruppen soll vorgegangen werden sowie gegen Islamismus
- Es werden vor allem rechtliche Mittel wie Verbote und Bekennung zur demokratischen Grundordnung erwähnt, teilweise auch Präventionsarbeit. Nicht explizit genannt wird jedoch mehr Geldmitteleinsatz dafür oder ein Demokratiefördergesetz.

-
- *„Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament unserer Gemeinschaft. Wir werden es nicht zulassen, dass nationalistischer Hass und populistische Hetze Europa spalten.“* (S. 6) Konkret: stärkeres Vorgehen gegen Nationalismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Antifeminismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit u.a. durch die Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie der Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (S. 45 f.)
 - Einführung eines Demokratiefördergesetz zur Förderung von Vereinen, Projekten und Initiativen, Ausweitung der politischen Bildung und von Bundesprogrammen. Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften





- Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden und Bundeswehr konsequent bekämpfen sowie rassistischen Denkmustern im Polizeialltag entgegenwirken durch mehr Supervision, Fort- und Weiterbildungen (S. 47)
- Gedenkarbeit NS-Zeit bzw. Aufarbeitung der NS-Verbrechen und der Shoa soll stärker unterstützt werden (S. 49)
- Die SPD plant konkrete Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen, Fake News und (Online-) Hassreden, da diese die Demokratie bedrohen, die Gesellschaft zersetzen und Nährboden für Extreme sind (S. 27, 58)

-
- „Rechtsextremismus bekämpfen, Netzwerke zerschlagen“ (S. 82)
 - Stärkung entsprechender zivilgesellschaftlicher Gruppen, Förderung strukturell und langfristig durch ein Demokratiefördergesetz
 - Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden einschließlich Bundeswehr – muss Priorität für alle Sicherheitsorgane haben
 - Verfassungsschutz neu ordnen; struktureller Neustart soll folgen, mit dem die Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes verbessert wird
 - Europäisches Kriminalamt u.a. gegen rechtsextreme Terrornetzwerke schaffen, stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, Einrichtung eines Archiv über rechten Terror
 - Prävention, Schutz- und Sanktionsmaßnahmen stärken: Fonds für Opfer und Betroffene, insbesondere rechtsextremer, rassistischer oder islamistischer Gewalt
 - bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden und eine konsequente Überwachung von sogenannten Gefährder*innen
 - Ausbau von Aussteigerprogrammen für Menschen aus der rechtsextremistischen und islamistischen Szene und von Hilfs- und Beratungsangeboten für Opfer und deren Angehörige
 - Nationalsozialismus weiter aufarbeiten: „Erinnerungskultur stärken und öffnen“ (S. 87)



-
- Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als besondere Herausforderung
 - Vorgehen gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit u.a. durch konsequentes Verbot rechtsextremer Vereinigungen
 - Intensivierung der Beobachtung rechtsextremer Gefährder*innen; Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen (insbesondere jüdischen Lebens) durch Sicherheitsbehörden
 - keine Menschen „mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen“ im öffentlichen Dienst
 - Alltags-Antisemitismus entlarven und antisemitischen Vorurteilen vorbeugen insbesondere an Schulen durch Lehrer*innen sowie Lernmaterialien (S. 51)
 - Nicht explizit genannt sind jedoch mehr Geldmitteleinsatz oder ein Demokratiefördergesetz

-
- „Die Demokratie stärken/Rechten Terror und Gewalt stoppen“ (S. 117 ff.): Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken; Projekte der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebindnisse sollen mit einem echten Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden
 - Der Verfassungsschutz soll durch eine unabhängige Beobachtungsstelle „Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ersetzt werden
 - Demokratisierung der Sicherheitsbehörden; wissenschaftliche Untersuchung extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei Polizei und Bundeswehr; keine Toleranz für Intoleranz im Staatsdienst; Polizist*innen und Beamt*innen, denen rassistisches, sexistisches oder homofeindliches Verhalten nachgewiesen wird, konsequent disziplinarisch verfolgen, gegebenenfalls Entlassung aus dem Dienst
 - Entwaffnung der extremen Rechten; Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror; Reichsbürgern*innen und Neonazis waffenrechtliche Erlaubnis entziehen
 - Zudem soll den Rechten der soziale Nährboden entzogen werden: Gegen die Spaltung der Gesellschaft brauche es eine soziale Politik für alle Menschen – mit gleichen Rechten für alle und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält
 - Digitale Gewalt im Netz soll juristisch anerkannt und verfolgt werden, dafür soll auch Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden aufgebaut werden (S. 96)



DIE LINKE.

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Reinhardtstraße 23 · 10117 Berlin



www.evg-online.org